

„Die Zeit der Pionierphase ist endgültig vorbei“

Der Rechnungshof hat die Schulkindbetreuung an Pflichtschulen im Land angeschaut – und übt außergewöhnlich heftige Kritik an der Situation.

Von **Brigitte Kompatscher**

Daten, die nicht übereinstimmen, fehlende Zuständigkeiten und Kontrolle, keine klaren Ziele – der Bericht zur Schülerbetreuung, den die Direktorin des Landesrechnungshofs Brigitte Egglar-Bargehr gestern in Bregenz präsentiert hat, stellt den Verantwortlichen ein miserables Zeugnis aus. „Bildung ist ein zentraler Aspekt im Land“, hielt Egglar-Bargehr zu Beginn der Präsentation fest – auch angesichts der schlechten Ergebnisse Österreichs im internationalen Vergleich und jener Vorarlbergs im Bundesländervergleich.

Von Februar bis September hat der Rechnungshof die Schulkindbetreuung an allgemeinbildenden Pflichtschulen seit 2011 untersucht. Seit damals deshalb, weil in diesem Jahr von Bund und Ländern eine bis 2018 dauernde Ausbauoffensive der Ganztagschulen gestartet wurde. Dabei gehe es um zwei wesentliche Aspekte, sagte Egglar-Bargehr: Betreuung und Bildung. Während bei Ersterem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Vordergrund stehe, spiele bei Zweiterem etwa auch Chancengleichheit mit hinein (siehe dazu auch Factbox).

Pläne. Bundesweit wurden damals genaue Zahlen an Plätzen definiert. Auf das Land herun-

tergebrochen wurden sie nicht. Das hat nun der Rechnungshof gemacht. Demnach müsste hierzulande jedes vierte Pflichtschulkind in einer Ganztagschule sein. Zudem wurde im Landes-Regierungsprogramm 2014 festgehalten, dass die Zahl der Ganztagsklassen zu verdoppeln sei.

Wie es nun wirklich mit Anzahl, Form, Ziel und Wirkung der Schulkindbetreuung ausschaut, war für die Prüfer nicht genau zu eruieren: „Es gibt viele Daten, aber sie stimmen alle nicht überein“, sagte Egglar-Bargehr – oder seien kaum aussagekräftig. So zähle es etwa gleich viel, ob ein Kind ein Mal in der Woche eine Stunde in einer Betreuung sei oder die gesamte Öffnungszeit über. Die Anzahl der Ganztagschüler muss ans Land gemeldet werden. Im Vorjahr war zunächst von 9500 die Rede und ein paar Wochen später von 6300, führte die Direktorin ein weiteres Beispiel an.

75 Klassen. In „Miss-Marple-Manier“ hätten die Prüfer versucht, die reale Gesamtsituation abzubilden, so Egglar-Bargehr. Sie gehen von maximal 75 verschränkten Ganztagsklassen im vorigen Schuljahr aus. 2014/15 dürften es höchstens 54 gewesen sein, wodurch die geplante Verdoppelung nicht erreicht wurde.

Daneben habe sich in Vorarlberg ein Mischsystem aus getrennter Ganztagschule und

Wie viele Kinder wie lange wie betreut werden, konnte nicht eruiert werden.

SHUTTERSTOCK, SAMS



Mittags- und Nachmittagsbetreuung entwickelt, das zu weiteren Problemen führe. Insgesamt waren im vergangenen Schuljahr rund 11.500 Kinder oder 36 Prozent in irgendeiner Form an einer Pflichtschule in Betreuung.

Abweichungen. Auch eine „finanzielle Gesamtschau ist nicht möglich“, weil die Kosten von Gemeinden und Eltern weder einheitlich noch zentral verbucht seien, kritisierte die Rechnungshof-Direktorin. Der Bund stellte bis heuer insgesamt 28,8 Millionen Euro bereit. Laut Rechnungshof wurde davon nur gut die Hälfte ausgeschöpft. Auch weitere Bundesgelder wurden nur teilweise genutzt. Zahlen, die erst von den Prüfern errechnet wurden, nachdem auch bei den Finanzdaten Abweichungen festgestellt wurden. So sei der Stand der nicht verbrauchten Bundesmittel im Rechnungsabschluss des Landes niedriger.

Eines der Kernprobleme sei, dass derzeit drei personell unterbesetzte Abteilungen mit der Schülerbetreuung betraut seien, analysierte Egglar-Bargehr, nämlich Schule, Finanzen sowie Gesellschaft, Soziales, Integration. Es fehle eine Gesamtverantwortung. Dazu komme, dass personelle und organisatorische Veränderungen in den vergangenen Jahren zu „massivem Wissensverlust“ geführt hätten. Mit der Neubesetzung von Leitungsstellen im Vorjahr seien jedoch erste wichtige Schritte unternommen worden.

Empfehlungen. 22 Empfehlungen hat der Rechnungshof in seinem Prüfbericht abgegeben. Dazu gehören etwa eine Kontrolle der Mittelverwendung – „da gibt es erheblichen Handlungsbedarf“. Weiters müsste unter anderem die derzeit häufige manuelle und damit fehleranfällige Förderabwicklung auf digital umgestellt werden. Die Quali-